

Gefährliche Gefährdungsprognosen im Asylverfahren - Queeren Menschen, von Genitalbeschneidung bedrohten Mädchen und Konvertiten kann relativ einfach geholfen werden

Es hängt von der Gefährdung im Heimatland ab, ob jemand Asyl bekommt oder nicht. Diese Gefährdung kann nicht empirisch ausgetestet werden. Sonst müssten ja sämtliche Asylsuchende ausgewiesen werden, und wenn sie im Herkunftsland getötet oder weggesperrt werden, dann hätte auch eine Gefährdung vorgelegen. Stattdessen bedarf es in jedem Einzelfall einer Gefahrenprognose, die während des Asylverfahrens vorgenommen wird. Zuständig ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dessen Beurteilungsmaßstäbe unterliegen dienstlichen Weisungen der Bundesministerin des Inneren und für Heimat (BMI), Nancy Faeser. Behörden und Verwaltungsgerichte vor Ort überprüfen in der Regel nur, ob diese Maßstäbe eingehalten worden sind und stellen sie nicht in Frage.

Behandlung queerer Asylsuchender

Noch zu Zeiten der Großen Koalition in Berlin galt das Dogma, dass Homosexualität, Transsexualität und Bisexualität in den Herkunftsländern ja im Geheimen ausgeübt werden könnten. Dann stellten sie auch keine Gefahr für Betroffene dar. Dieser Interpretation hat die Ministerin mit einer geänderten Dienstanweisung erfolgreich einen Riegel vorgeschoben. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität müssen offen gelebt werden können. [Einem schwulen algerischen Flüchtling ist auf Grundlage der neuen Interpretation jetzt die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden.](#) Man darf gespannt sein, ob sie auch auf schwule junge Männer angewendet wird, die sich mit dieser Begründung zum Beispiel dem Dienst in der offen homophoben russischen Armee entziehen.

Religionsfreiheit nur im Geheimen?

Es gibt Länder, in denen eine bestimmte Form der Religionsausübung zur verbindlichen Norm erklärt worden ist. Dazu zählen die wenigsten islamisch geprägten Länder, aber doch Iran und Pakistan. [Wer die dort überwiegend gebräuchliche Ausübung des Islam aufgibt und sich öffentlich als katholischer oder evangelischer Christ zu erkennen gibt, muss mit lebensbedrohlicher Verfolgung rechnen.](#) Das BAMF erkennt zwar die Gefährdung durchaus an, setzt aber hohe Hürden. Betroffenen Asylsuchenden wird häufig unterstellt, sie wollten die Konversion nur als Vorwand benutzen. Wenn Juristen und Verwaltungsbeamte religiöse Bekenntnisse einordnen, kommt es häufig zu theologisch abenteuerlichen Interpretationen, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen. Da in den Iran wegen der katastrophalen Menschenrechtssituation derzeit ohnehin nicht abgeschoben werden darf, hat sich gegenwärtig die Lage etwas entspannt. Aber auch in dieser Fallkonstellation wäre eine geänderte Dienstanweisung durch die Ministerin nützlich für die Sicherung von Menschenrechten.

Genitalbeschneidung von Mädchen erst dann bekämpfen, wenn sie stattgefunden hat?

Weibliche Genitalverstümmelung, häufig auch auf Englisch als Femal Genital Mutilation (FGM) benannt, ist ein weltweit verbreiteter, schmerzhafter, erniedrigender und zuweilen lebensbedrohlicher Verstoß gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit. Pro Familia hat Ende 2022 in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ein Programm zur Beratung von Frauen und Mädchen aufgelegt, die davon betroffen sind. [Ein wichtiger Baustein fehlt darin, nämlich die explizite Anerkennung drohender FGM als Asylgrund und Abschiebehindernis.](#) Hessen hilft erst, wenn die Mäd-

chen bereits beschnitten sind. In einem Urteil des Gießener Verwaltungsgerichts (Aktenzeichen 6 K 6650/17.GI.A) wird einer klagenden Mutter vorgehalten, sie könne sich ja als intelligente Frau im Fall einer Abschiebung nach Äthiopien wirksam gegen die Beschneidung ihrer jetzt dreijährigen Tochter wehren. Die Beschneidungszahlen seien dort in einigen Gebieten zwar noch hoch, aber immerhin rückläufig. Außerdem habe sie innerstaatliche Fluchtalternativen. Sie solle mit ihrer Tochter aus der Heimatprovinz in die Großstadt Addis Abeba ziehen. Dort habe der äthiopische Staat bei der Zurückdrängung der FGM-Tradition die größten Erfolge erzielt. Das Gericht folgt mit seiner Begründung der Entscheidung des BAMF. Auch in diesem Fall wäre zahlreichen Mädchen geholfen, wenn Ministerin Nancy Faeser durch Dienstanweisung einen anderen, menschenrechtskonformen Beurteilungsmaßstab durchsetzte.

Auf EU- und Bundesebene sind grundsätzliche politische Änderungen nötig, um das Asylrecht wieder herzustellen. Europäische Richtlinien und das Aufenthaltsgesetz müssen geändert werden. Aber auch kleine Schritte ohne großes politisches Begleitprogramm können beachtliche Wirkung erzielen. Mit der Änderung der Gefährdungsprognose für queere Flüchtlinge hat es Innenministerin Nancy Faeser erfolgreich vorgemacht. Sie ist in den Medien auf positive Resonanz gestoßen. Auf derselben Ebene könnte sie jetzt mit einfachen Mitteln noch etwas für verfolgte Konvertiten und von Beschneidung bedrohte Mädchen tun. Heimische Politikerinnen und Politiker, insbesondere solche aus ihrer eigenen SPD, sollten sie darin bestärken.

Cölbe, den 16.01.2023

